

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Nation-Buildung»

Statement von Dr. Shams* als Betroffener zum Nation-Building in Afghanistan. (Lilienberg-Konferenz vom 7. Mai 2004)

1. Die «Operation Enduring Freedom» und die «Bonner Afghanistan-Konferenz» (Petersberg-Konferenz) sind voneinander abzugrenzen. Mit «Enduring Freedom» wollten die USA nach dem 11. September die Taliban stürzen und Al-Kaida vernichten. Die «Bonner Afghanistan-Konferenz» der internationalen Gemeinschaft mit Beteiligung von Afghanen wollte Afghanistan durch «Nation-Building» wieder aufbauen. Als militärischer Arm wurde die «I.S.A.F.» gebildet, die unabhängig von den amerikanischen Truppen in «Enduring Freedom» sein sollte. Wird «Nation-Building» als Demokratisierung, Aufbau sowie Herstellung des Gewaltmonopols des Staates definiert, dann muss festgestellt werden, dass bis jetzt in Afghanistan fast nichts passiert ist. Lediglich einige Aktivitäten wie die Renovierung und der Neuaufbau von Gebäuden und Geschäftszentren, Brücken und Asphaltierung von Strassen sind zu hohen Kosten durchgeführt worden. Die Gründe für den mangelhaften Erfolg dürften sein:

■ Die Amerikaner haben ihr Endziel für Afghanistan nicht definiert.

■ «Nation-Building» wird nicht ernsthaft betrieben. Ein Beispiel hierfür ist die Art

und Weise, wie die bisherigen zwei Nationalversammlungen (Loya Jirgas) durchgeführt worden sind. Die der letzten Loya Jirga aufgezwungene Verfassung des präsidentialen Systems ist für den Vielvölkerstaat Afghanistan nicht geeignet.

■ Die im Land lebenden Afghanen durften bis jetzt am politischen Wiederaufbau nicht mitwirken. Sie dürfen nur durch Dritte beschlossene Massnahmen umsetzen.

2. Zwischen «Enduring Freedom» und «Iraqi Freedom» bestehen wesentliche Unterschiede. Durch «Enduring Freedom» wollten die Amerikaner den im Krieg gegen die Sowjets begangenen Fehler korrigieren und den Geist der Al-Kaida, den sie einst selbst erzeugt hatten, wieder in die Flasche zwingen. Ohne sie wären die Afghanen auch nicht in der Lage gewesen, sich aus eigener Kraft zu befreien. Die Nordallianz war nach dem Attentat auf Masud am Zusammenbrechen. Deshalb hat die Mehrheit des afghanischen Volkes die Hilfe zuerst als Befreiung und nicht als Besatzung empfunden. Dass die Afghanen heute die Situation anders beurteilen, ist die Folge der erwähnten Fehler nach der «Bonner Afghanistan-Konferenz». «Iraqi Freedom» ist aber

gegen ein Regime geführt worden, das zwar schrecklich war, aber gegen das sich das irakische Volk nach 1992 nicht erhoben hat.

3. Der Prozess von «Nation-Building» in Afghanistan ist nicht mit jenem im Kosovo zu vergleichen. Die Ethnien des heutigen Afghanistans haben seit Jahrtausenden nebeneinander gelebt und ihr Territorium gemeinsam gegen Eindringlinge verteidigt. Es gibt keine ethnische Mehrheit in Afghanistan. Ein Separatismus hat nie existiert. Durch den Bürgerkrieg von 1993 wollten einzelne Kriegsherren die Herrschaft an sich reißen und nicht Ethnien. Der Kosovo ist durch den Zerfall des künstlich entstandenen Jugoslawien sowie den Separatismus der Albaner entstanden. Afghanistan muss unter Beachtung der Wahrung der eigenen Werte und der Bedingungen des 21. Jahrhunderts wieder aufgebaut werden.

*Dr. Shams: 1940 in Herat, Afghanistan, geboren. 1992–1994 Stellvertretender Ausenminister der Mujaheddin-Regierung in Kabul. 2001 Mitglied der «Bonner Afghanistan-Konferenz». 2002 Beteiligung an der Loya Jirga. Seit 2003 nur noch Beobachter.

Bekämpfung werde in Afghanistan auf verschiedene Weise behindert. So verunmögliche der Druck der Vereinigten Staaten auf den Iran eine wirksame Zusammenarbeit der Provinz Herat mit Iran bei der Unterbindung des Drogenschmuggels.

Lob für die Miliz

In der Diskussion auf dem Lilienberg gelangte auch die Rolle der Schweiz zum Ausdruck. Nationalrat Siegrist nahm Gremingers Gedanken auf, nur Geduld bringe Erfolg. Der Präsident der SOG hob hervor, im zivilen Bereich dürften sich die Schweizer Anstrengungen im Ausland durchaus sehen lassen. Die Kooperation zwischen der DEZA, der Abteilung IV im EDA und dem VBS funktioniere gut.

Millotat sprach der Schweizer Truppe im Kosovo ein nachhaltiges Lob aus: «Das Schweizer Kontingent hat mich durch vorzügliche Arbeit, grosse Fachkenntnisse und tadellose Haltung überzeugt. Die Schweiz kann aus ihrem Milizsystem Kräfte schöpfen, um das sie alle anderen Nationen beneiden. Die Schweizer Truppen bringen oft aus ihrer zivilen Tätigkeit Kenntnisse und Fertigkeiten mit, welche Berufsarmeen nicht so einfach abrufen können. Als stellvertretender KFOR-Kommandant habe ich mir oft noch mehr Schweizer gewünscht. Am dringendsten hätte ich Fachleute zum Eisenbahnbau gebraucht.»

Zur militärischen Beteiligung der Schweiz gingen die Meinungen weit auseinander – auch in der Diskussion mit dem Publikum. Entschlossen redete Minister Greminger einem Ausbau des schweizerischen Beitrages das Wort; für ihn stellt die Neutralität auf diesem Weg überhaupt kein Hindernis dar.

Demgegenüber warnte Nationalrat Ulrich Schlier vor einer Vertiefung des

Schweizer Engagements. Nach seiner Beurteilung sind weitere Schritte mit der Neutralität als zentraler Staatsmaxime nicht vereinbar. Schlier erinnerte in Bezug auf das Kosovo überdies daran, dass dort die Definition des politischen Endzustandes fehlt: «Genau da, wo die Schweiz mit Truppen engagiert ist, fehlt exakt diese Umschreibung, die alle so zwingend verlangen.»

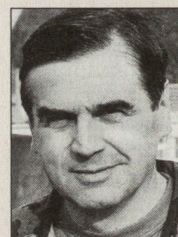
Nationalrat Siegrist wiederum stellte dem die These entgegen: «Das Engagement der Schweiz muss ausgebaut werden. Unser neutraler Staat hat sich traditionell immer für Stabilisierung und die Durchsetzung von Völkerrecht eingesetzt. Für die Kleinen sind multinationale Operationen ein Muss im ureigenen Interesse, und das Feedback ist gross. Die Schweiz soll aber nicht Verbände nach gleichem Schema wie die anderen aufstellen, sondern mit speziellen Modulen die Fähigkeiten der Milizarmee zum Tragen bringen.» ■

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Urteil der Deutschen

Der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sei «in den Jahren seit 1999 entschlossen und schnell vorangetrieben worden», behaupten ihre Promotoren. Die Ergebnisse einer vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr durchgeführten Meinungsumfrage zeigen indessen, dass die deutsche Bevölkerung diesem Unterfangen bestenfalls «reserviert positiv» gegenübersteht. Die Idee einer aus multinationalen Kontingenten zusammengesetzten europäischen Streitmacht findet in diesem Zusammenhang weniger Anklang als die Vision einer «europäischen Freiwilligenarmee mit eigenem Dienstrecht».

Die Studie ist nicht nur inhaltlich, sondern auch als Beispiel einer guten Befragungsmethode sehr lesenswert.

(SOWI-Arbeitspapier 135, Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Einstellungen und Meinungen in der deutschen Bevölkerung; Strausberg, November 2003) Fe



Peter Forster,
Dr. phil., Oberst,
C Info Op Astt 370,
8268 Salenstein.